



EUROPEAN **YOUTH** PARLIAMENT
DEUTSCHLAND GERMANY

Resolutionen

Schülerforum in Fröndenberg

18. – 19. Januar 2016



Europäisches Jugendparlament in Deutschland e.V.

Sophienstraße 28-29

10178 Berlin

info@eyp.de

Tel.: +49 (0) 30 2 80 95-155

Fax: +49 (0) 30 2 80 95-150

Programm der Parlamentarischen Vollversammlung

Dienstag, 19. Januar 2016

09:00 – 10:00	Ausgabe der Resolutionshefte und Vorbereitung der Debatte
10:00 – 10:20	Eröffnung der Vollversammlung
10:20 – 10:50	Debatte der Resolution des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)
10:50 – 11:05	Pause
11:05 – 11:35	Debatte der Resolution des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)
11:35 – 12:05	Debatte der Resolution des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT I)
12:05 – 13:00	Mittagspause
13:00 – 13:30	Debatte der Resolution des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)
13:30 – 14:00	Debatte der Resolution des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT II)
14:00 – 14:15	Gruppenfoto
14:15 – 14:45	Debatte der Resolution des Ausschusses für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)
14:45 – 15:00	Verabschiedung und Evaluation



Inhaltsverzeichnis

Resolution des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)5
Resolution des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)8
Resolution des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT I)..... 10
Resolution des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)..... 12
Resolution des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT II)..... 14
Resolution Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter
(FEMM) 17
Notizen 19

Resolution des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Die „Festung Europa“ macht dicht. Die steigende Zahl an Flüchtlingen der vergangenen Monate hat viele europäische Länder dazu veranlasst, ihre Grenzen mit Hindernissen wie Zäunen oder bewaffnetem Personal zu verstärken. Welche Position sollte die EU bezüglich ihrer Außengrenzen vertreten und welche Maßnahmen sollten getroffen werden, um die Situation zu entschärfen?

Vorgelegt von: Justin Brinkmann (Q1), Nico Dilewski (10.2), Sadaf Ghafur (10.7), Carla Gospodarek (Q1), Lena Gramsch (EF), Marc Ruben Hadel (10.2), Fisnik Halitaj (Q1), Nina Sophie Houx (Q1), Farina Kopetzky (10.4), Yannik Kötterheinrich (10.3), Amadeus Miskiewicz (10.3), Viktoria Nagel (10.1), Clara Schulze Neuhoff (Q1), André Schwarzfeller (10.1), Maurice Vieler (10.1), Charlyn Vorwerk (10.7), Martti Klockemann (Ausschussmoderator).

Wir stellen fest:

- A. Nicht alle der in der EU ankommenden Menschen sind nach den Kriterien¹ der Genfer Konvention Flüchtlinge.
- B. Die Zahl der nach Europa Fliehenden ist in den letzten Jahren stark angestiegen, Gründe hierfür sind
 - i) Bürgerkriege,
 - ii) Terrorismus,
 - iii) und schlechte Wirtschaftsverhältnisse.
- C. Die steigende Anzahl von Flüchtlingen führt in der europäischen Bevölkerung zur Angst vor
 - i) Überfremdung,
 - ii) Ghettoisierung,
 - iii) Kriminalität,
 - iv) und Terrorismus.
- D. Diese Ängste werden durch mediale Darstellung bestärkt und führen zum Erstarken von Organisationen wie PEGIDA und Parteien wie der AfD.
- E. Mangelnde Kommunikation unter den EU-Mitgliedsländern führt zu Konflikten bei der Verteilung von Flüchtlingen in Europa.
- F. Die Strukturen in der EU begünstigen, dass sich einige Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung entziehen.

¹ Flüchtling ist nach den Kriterien der Genfer Konvention, wer wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung verfolgt wird.

- G. Die aktuelle europäische Gesetzgebung ist nicht auf einen derartigen Flüchtlingszustrom ausgelegt.
- H. Die europäische Gesetzgebung ist unflexibel, da Gesetzesänderungen bis zur Umsetzung viel Zeit in Anspruch nehmen.

Wir fordern:

1. Zur Vermeidung von Doppelregistrierungen müssen alle Flüchtlinge an den Außengrenzen mit Aufnahme nicht fälschbarer Daten sofort registriert werden.
2. ~~Bei der Registrierung eines jeden Flüchtlings werden dessen Situation und die Umstände in seiner Heimat recherchiert.~~
3. Flüchtlinge, die nach Genfer Konvention als Flüchtlinge gelten, erhalten eine Aufenthaltsgenehmigung, bei anderen wird im Einzelfall entschieden; eine pauschale Abschiebung erfolgt nicht.
4. Eine EU-weite Behörde wird eingerichtet, die anhand einer Quotenregelung Flüchtlinge gleichmäßig auf Mitgliedsstaaten verteilt; Kriterien hierfür sind
 - a. Einwohnerzahl,
 - b. Bruttoinlandsprodukt²,
 - c. Fläche,
 - d. und Zahl der bereits aufgenommenen Flüchtlinge.
5. Finanziell besonders stark durch Flüchtlinge belastete Staaten sollen mittels eines Finanzausgleichs der EU von anderen, weniger stark betroffenen Mitgliedsstaaten unterstützt werden.
6. Terrororganisationen im Nahen Osten sollen militärisch und wirtschaftlich von den EU-Mitgliedsstaaten bekämpft werden.
7. In Bildungseinrichtungen und auf Informationsveranstaltungen soll intensiv über die Vorgehensweise von Terrororganisationen und die politische Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge aufgeklärt werden.
8. Flüchtlinge sollen durch staatlich organisierte Sprach- und Integrationskurse besser in die Gesellschaft des jeweiligen Landes integriert werden.

² Gesamtwert aller für den Endverbrauch bestimmten Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres innerhalb der Grenzen eines Staates hergestellt wurden.

Resolution des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Neapels Müllberge und Schiffe voll mit europäischem Abfall auf dem Weg nach Afrika: Sollte die EU die „Wegwerf-Gesellschaft“ zu mehr Verantwortung erziehen und wie können die europäischen Staaten Müllhandel, -trennung und -recycling verbessern?

Vorgelegt von: Colin Agner (10.4), Nicolas Antoni (10.4), Viktoria Beckmann (Q1), Marie Domres (EF), Niklas Fuhrmann (EF), Leon Habring (10.6), Manuela Hill (10.7), Berat Emre Küçük (10.4), Vanessa Krutmann (10.4), David Matern (Q1), Julia Mork (Q1), Marvin Pfeifer (10.2), Nora Pieper (EF), Robin Raffenberg (10.3), Sören Reichert (10.6), Justin Richter (10.6), Robin Wolter (Q1), David Zurek (EF), Jorinde Bauer (Ausschussmoderatorin).

Wir stellen fest:

- A. Es gibt einen enormen Anstieg der Müllmenge durch:
 - i) den mit der Industrialisierung einhergehenden steigenden Lebensstandard,
 - ii) das Phänomen der geplanten Obsoleszenz³.
- B. Der westliche Lebensstandard ist von zunehmender Ressourcenknappheit gefährdet.
- C. Deutschland ist ein Vorreiter in der Mülltrennung, dennoch ist es weit von den angestrebten Idealen entfernt.
- D. Mülldeponien sind keine nachhaltige Form der Abfallentsorgung, denn sie führen zu Luft- und Wasserverschmutzung und verstärken somit den Treibhauseffekt und die Umweltverschmutzung.
- E. Eine EU Richtlinie zum Umgang mit Abfällen hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht, da davon hauptsächlich Privathaushalte und nicht die Industrie betroffen sind.
- F. In Europa produzierter Müll wird oft illegal aus der EU transportiert und somit die Verantwortung für europäisches Handeln an wirtschaftlich schwache Länder übertragen.

³ Geplante Obsoleszenz bezeichnet eine von Herstellern beabsichtigte Beschränkung der Lebenszeit von Produkten.

Wir fordern:

1. Mitgliedsländer sollen umweltpolitische Bildung in die nationalen Lehrpläne aufnehmen.
2. Die EU soll durch Medienkampagnen und Aktionstage Aufklärung im Bereich Umwelt und Müllvermeidung leisten.
3. ~~Es soll eine Steuer auf die Produktion von Plastik erhoben werden, um vermeidbare Verpackungsmüll vorzubeugen.~~
4. Mehrwegverpackungen sollen durch Subventionen gefördert werden.
5. Das Mülltrennungssystem soll zur Vereinfachung des Recyclingprozesses europaweit vereinheitlicht werden, wobei zwischen Plastik-, Bio-, Papier-, Rest- und Glasmüll unterschieden wird.
6. Illegale Müllentsorgung durch Unternehmen soll mit einem dreiphasigen Sanktionssystem vorgebeugt und bestraft werden; die Phasen sollen wie folgt aufgebaut sein:
 - a. bei einmaligem Verstoß wird ein Bußgeld verhängt,
 - b. bei einem zweiten Verstoß folgt ein erhöhtes Bußgeld, sowie eine stärkere Kontrolle des betroffenen Unternehmens,
 - c. bei einem dritten Verstoß wird dem Unternehmen die Lizenz zum Arbeiten in der Abfallwirtschaft entzogen.

Resolution des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT I)

Die aktuellen Regelungen zur Inklusion, zusammen mit der steigenden Zahl von Kindern und Jugendlichen, die mit ihren Familien aus ihrem Heimatland fliehen mussten, lassen die Zusammensetzung europäischer Schulklassen immer unterschiedlicher werden. Welche Maßnahmen sollen die europäischen Regierungen ergreifen, um eine angenehme Lernsituation zu schaffen, um miteinander, aber auch voneinander zu lernen?

Vorgelegt von: Arber Aliv (Q1), Pascal Altenrichter (10.3), Jeremy Amour (Q1), Steffen Beckmann (10.5), Jannis Menne (10.2), Joleen Merse (10.4), Jara Nolte (10.1), Hannah Rasche (Q1), Isabel Scheiing (Q1), Celine Schnick (10.6), Mira Schulte (10.1), Stefan Peters (Ausschussmoderator).

Wir stellen fest:

- A. Die Mitgliedsstaaten schaffen nicht genügend Bildungseinrichtungen, die die Chancengleichheit der heranwachsenden Generation sicherstellen.
- B. Die Ankunft vieler gut ausgebildeter Flüchtlinge birgt das Potential zur Bewältigung des Fachkräftemangels in Mitteleuropa.
- C. Eine unkoordinierte Verteilung der Flüchtlinge in der EU sorgt für überlastete Bildungssysteme.
- D. Die bestehende Schulpflicht für minderjährige Flüchtlinge kann auf Grund der intransparenten Flüchtlingsregistrierung nicht immer gewährleistet werden.
- E. Mangelnde Sprachkenntnisse der Flüchtlinge erschweren die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.
- F. Stereotype Denkweisen werden vielen jungen Menschen durch das Elternhaus vermittelt.
- G. Mangelndes Kulturverständnis der europäischen Bevölkerung führt oft zu Vorurteilen, die eine erfolgreiche Integration erschweren.
- H. Wachsende Hilfsbereitschaft der Bevölkerung erleichtert Integration von Flüchtlingen.
- I. Viele Schulen und öffentliche Infrastrukturen sind nicht behindertengerecht ausgestattet.
- J. Regelschüler, die inklusive Lernprozesse begleiten, können durch die Zusammenarbeit mit behinderten Schülerinnen und Schülern ihre sozialen Kompetenzen steigern.
- K. Die Umsetzung von heterogenen Lernprozessen wird oftmals erschwert durch
 - i) Unterschiedliche Leistungsniveaus,
 - ii) Mangelnde Sprachkenntnisse von Flüchtlingen,
 - iii) Die Auffassung, Qualität von Bildung sei nur durch selektive Lernprozesse sicherzustellen.
- L. Infolge unzureichender Betreuung von Inklusionsschülern sind diese nicht in der Lage, ihre Probleme in Fällen von Mobbing zu kommunizieren.

Wir fordern:

1. ~~Die Mitgliedsstaaten sollen das Angebot an berufsspezifischen Sprachkursen sowie Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Akademiker ausweiten.~~
2. Als Ansprechpartnerin und Ansprechpartner für minderjährige Flüchtlinge sollen die Kommunen Flüchtlingsbeauftragte in Schulen entsenden, welche Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen eines Patenschaftsprogramms in ihrem Alltag unterstützen.
3. Das Vermitteln sozialer Kompetenzen soll durch
 - a. Verankerung im Ausbildungsverlauf
 - b. und regelmäßige Fortbildungenelementarer Bestandteil des Erziehungs- und Lehrberufs sein.
4. Das Europäische Behindertenforum (EBF) soll mittels
 - a. der Bereitstellung von Leitlinien für inklusive Bildungskonzepte,
 - b. der Gründung einer Online-Plattform für interessierte Schulen,
 - c. dem Aufbau von Kooperationen mit internationalen Konzernen
 - d. und der Vermittlung von Praktikumsstellen für benachteiligte Berufsbewerbereine unterstützende Funktion im Prozess der Integration darstellen.

Resolution des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Europa auf dem „rechten“ Weg? Die wachsende Verbreitung anti-islamistischer Einstellungen und der steigende Einfluss von rechtspopulistischen Parteien auf nationaler Ebene stellen eine Bedrohung für den europäischen Zusammenhalt und traditionelle Werte dar. Mit welcher Strategie soll die EU den Ursachen für extremen Nationalismus und Rechtspopulismus begegnen?

Vorgelegt von: Till Beermann (10.4), Alina Donner (EF), Tim Herrmann (10.6), Daniela Janssen (Q1), Sophie Klappert (10.7), Deborah Krowinus (EF), Hannes Meuke (10.1), Garret Nissen (10.2), Mike Peters (Q1), Marc Rauer (EF), Joshua Schlünder (10.6), Julia Tao (Q2), Mike Vorwerk (EF), Jakob Walter (Q1), Annika Wiemholf (Q1), Jana Jarck (Ausschussmoderatorin).

Wir stellen fest:

- A. Rechte Parteien nutzen Unzufriedenheit und Angst der europäischen Bürger aus, um sie auf emotionaler Ebene anzusprechen.
- B. Viele besorgte Bürger wählen rechtspopulistische Parteien aufgrund mangelnder Alternativen.
- C. Bürger mit geringer politischer Bildung fühlen sich von scheinbar einfachen Lösungen der rechtspopulistischen Parteien zu komplexen Problemen angesprochen.
- D. Kulturelle Differenzen stellen Schwierigkeiten dar, aus denen nationalistische Ideen entspringen.
- E. Vor allem Jugendliche fühlen sich aus Angst und Furcht vor aggressiven Reaktionen aus ihrem Umfeld zunehmend unwohl, ihre politische Meinung zu äußern.
- F. Eine mangelnde Auseinandersetzung mit fremden Kulturen und Religionen resultiert oft in Bildung von Vorurteilen und Radikalisierung.
- G. Politische Uneinigigkeiten unter den Mitgliedsstaaten verstärken
 - i) Den Aufruf der einzelnen Staaten nach nationaler Souveränität,
 - ii) Die Gefahr des Zusammenbruchs der EU.
- H. Großen Teilen der Bevölkerung der europäischen Gesellschaften fehlt die Motivation, sich aktiv politisch zu engagieren.
- I. Verschiedene Medien, insbesondere das Internet, werden von rechtspopulistischen Parteien für Propagandazwecke verwendet, wobei
 - i) die Fokussierung auf wenige Themen und subjektive Betrachtungsweisen keine neutrale Berichterstattung darstellen,
 - ii) Inhalte von den Konsumenten oft nicht kritisch überdacht werden.

Wir fordern:

1. In wöchentlichen, verpflichtenden Projektarbeiten sollen Studenten oder junge Erwachsene Schülerinnen und Schüler über die aktuelle politische Situation informieren.
2. In allen weiterführenden Schulen sollen sich Schülerinnen und Schüler intensiv mit nationaler Politik auseinandersetzen, wobei
 - a. sie sich mit den Parteiprogrammen beschäftigen,
 - b. sie eine umfassende Nachrichtenanalyse durchführen,
 - c. der persönliche Austausch mit Politikern ermöglicht wird.
3. ~~Nachrichten- und Radiosender sowie öffentliche Diskussionen sollen der Bevölkerung als Plattform für eine intensivere Beschäftigung mit fremden Kulturen und anderen Religionen dienen.~~
4. ~~Es sollen vermehrt lokale Gruppen, die den Zusammenhalt in der Gemeinschaft stärken, in sozialen Netzwerken eingerichtet werden.~~
5. Die Mitgliedsstaaten sollen fachspezifische Qualifikationen für die jeweiligen Ministerposten festlegen.
6. Die EU soll Unternehmen finanziell dabei unterstützen, staatlich organisierte Informationsveranstaltungen stattfinden zu lassen.
7. ~~Ein Nachrichtenunternehmen mit Vertretern aus allen Mitgliedsstaaten soll auf den europäischen, nationalen Ebenen eingesetzt werden.~~

Resolution des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT II)

Mit der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung der EU wird es immer wichtiger, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Altersgruppen zu schaffen. Viele Menschen müssen zudem einen neuen Beruf in der EU beginnen, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit finden konnten oder aus ihrer Heimat fliehen mussten. Was sollten die europäischen Regierungen tun, um Menschen jeden Alters und jeder Herkunft einen Zugang zu Bildung und Arbeit zu gewährleisten?

Vorgelegt von: Paul Besong (10.1), Jeremias Breckheimer (10.2), Nico Brewedell (EF), Tim Friese (Q1), Philipp Gnadl (EF), Tim Jürgens (10.2), Philine Kaese (10.5), Falk Ludwig (10.6), Maximilian Mai (Q1), Piet Nolte (10.4), Nils Poschmann (EF), Jana Schmetz (10.7), Sujiven Sivanesan (10.6), Gianna Thiemann (10.2), Christopher Wolfram (EF), Maya Yanes (EF), Greta Wessing (Ausschussmoderatorin).

Wir stellen fest:

- A. Die Geburtenrate liegt in Europa seit den 1970er Jahren unter der Sterberate, entsprechend steigt das Durchschnittsalter der europäischen Bevölkerung an.
- B. Die Chance auf einen Arbeitsplatz sinkt mit zunehmendem Alter.
- C. Fehlende Umschulungs- und Weiterbildungsoptionen für ältere Menschen erschweren die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zunehmend.
- D. Die Jugendarbeitslosigkeit in der EU lag im Jahr 2014 bei 23,3%, wobei die Prozentsätze zwischen den Mitgliedsstaaten stark variieren.
- E. Im Jahr 2015 blieben allein in Deutschland 37.000 Ausbildungsplätze in den Bereichen Einzelhandel, Produktion und Fertigung sowie Gesundheit unbesetzt.
- F. Mehr als eine Millionen Flüchtlinge versuchten im Jahr 2015 über das Mittelmeer in die EU zu gelangen.
- G. Eine hohe Zahl an minderjährigen Flüchtlingen bringt die Schulen in Europa sowohl räumlich, als auch personell an ihre Kapazitätsgrenzen.
- H. Oftmals werden sowohl Studien-, als auch Schulabschlüsse und Berufsausbildungen, die im EU-Ausland erworben wurden, in der EU nicht oder nur zu Teilen anerkannt.
- I. Gemessen am prozentualen Verhältnis der Flüchtlinge zur einheimischen Bevölkerung, variiert die Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten stark.
- J. Die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen durch einzelne Mitgliedsstaaten kann zu einer Überlastung der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme führen.
- K. Da sich die Asylgesetze einzelner Mitgliedsstaaten und die Perspektiven, die diese den Fliehenden bieten können, innerhalb der EU stark unterscheiden, verteilen sich die Flüchtlinge sehr ungleichmäßig.

- L. Mangelnde Aufklärung der europäischen Bevölkerung über die Flüchtenden führt zu zunehmender politischer Radikalisierung, was gesellschaftliche Integrationsprozesse maßgeblich erschwert.
- M. Sprach- und Integrationskurse für Flüchtlinge werden nicht ausreichend angeboten.
- N. Es gibt nicht genügend Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Asylsuchende.

Wir fordern:

1. Es soll ein EU-weit standardisiertes, anonymes Bewerbungsverfahren eingeführt werden, das den Fokus auf die Qualifikation des Einzelnen legt.
2. ~~Die Mitgliedsstaaten sollen das 24-Stunden Kita-Modell nach finnischem Muster einführen, welches eine signifikante Erhöhung der Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern beinhaltet.~~
3. Kleine und mittelständische Unternehmen sollen subventioniert werden.
4. Ähnlich wie Studienabschlüsse sollen auch die Standards auf dem Arbeitsmarkt vor allem im Bereich der Ausbildungsberufe EU-weit vereinheitlicht werden.
5. Standards im Bereich Studium, Ausbildung und Arbeit aus nicht- EU-Ländern sollen anhand von Erfahrungswerten durch die nationalstaatlichen Ausländerbehörden
 - a. in einer EU-weiten Datenbank evaluiert werden,
 - b. mit den EU-Standards verglichen werden.
6. Der in Deutschland bereits angewandte Königsteiner-Schlüssel⁴ soll auf die EU übertragen werden.
7. ~~Bei nicht quotengerechter Aufnahme werden Sanktionen zu Lasten des jeweiligen Mitgliedslandes verhängt.~~
8. Die EU soll eine Aufklärungskampagne zu den Themen Flucht und ihre Ursachen initiieren, in der auch die Auswirkungen der gesteigerten Zuwanderung in die EU dargelegt werden.
9. Die Integration von Asylsuchenden soll durch
 - a. die Etablierung von Sprachkursen,
 - b. den verstärkten Einsatz von Kulturmittlern und Sozialarbeitern im schulischen Kontext,
 - c. potenzialorientiertes Unterrichten der Asylsuchenden,
 - d. und die Öffnung von Vereinen und Kulturveranstaltungen in den Alltag der europäischen Bevölkerung eingebunden werden.

⁴ Im Königsteiner-Schlüssel ist festgelegt, wie die einzelnen Länder der Bundesrepublik Deutschland an gemeinsamen Finanzierungen zu beteiligen sind. Dies umfasst auch die Aufnahme von Flüchtlingen, die zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl bestimmt wird.

Resolution Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Ob auf dem Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit, zu Hause oder im Internet – in der EU hat jede dritte Frau ab 15 Jahren schon einmal physische oder psychische Gewalt erlebt. Welche Maßnahmen sollte die EU ergreifen, um Mädchen und Frauen vor den unterschiedlichen Arten von Gewalt zu schützen?

Vorgelegt von: Hendrik Bathe (10.6), Kevin Düputell (EF), Maximilian Eisenberg (10.1), André Ferreira dos Santos (10.2), Laura Görtz (Q1), Lisa Koch (10.1), Angelina Kötterheinrich (Q1), Angelika Lindner (10.1), Albana Peci (Q1), Dustin Putzke (10.2), Marco Renzel (10.5), Niklas Schmidt (Q1), Lennart Schulz (10.7), Katharina Franke (Ausschussmoderatorin).

Wir stellen fest:

- A. Laut einer Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)
 - i) Hat ein Drittel aller Frauen in Europa nach dem 15. Lebensjahr körperliche und / oder sexuelle Gewalt erfahren,
 - ii) Hat ein Fünftel der befragten Frauen schon sexuelle und / oder Körperliche Gewalt in der Partnerschaft erlebt,
 - iii) Waren oder sind 43% der Frauen mit psychischer Gewalt in ihrer Partnerschaft konfrontiert,
 - iv) Begegnet 32% der Frauen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.
- B. Gewalt gegen Frauen ist in allen Alters- und Gesellschaftsschichten präsent.
- C. Als Folge der erlebten psychischen und physischen Gewalt leiden viele Opfer langfristig unter Angstzuständen und seelischen Problemen.
- D. Aus Scham und Angst wenden sich viele Betroffene nicht an Behörden oder Hilfsorganisationen.
- E. Viele Täter werden nicht angezeigt und bleiben ohne Strafe.
- F. Einige Täter rechtfertigen ihre Gewalttaten durch religiöse Überzeugungen.
- G. In sozialen Netzwerken und Bildungsinstituten wird nicht genug über die Gefahr von Belästigung und Stalking aufgeklärt.
- H. Europaweit setzen sich zahlreiche Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) für die Rechte von betroffenen Frauen ein.
- I. Das EU-Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ unterstützt ausgewählte Projekte von NROs, mit denen Gewalt gegen Frauen bekämpft werden soll.

Wir fordern:

1. Für das EU-Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ sollen mehr finanzielle Mittel aufgebracht werden.
2. Staatliche Beratungs- und Hilfsangebote sollen in allen europäischen Ländern ausgeweitet werden.
3. Mitgliedsstaaten sollen Strafen für Gewalttaten an Frauen verschärfen.
4. An öffentlichen Plätzen soll die Polizeipräsenz erhöht werden.
5. Mit verschiedenen Medienkampagnen sollen Mitgliedsstaaten einen gesellschaftlichen Diskurs über Gewalt gegen Frauen anregen.
6. In Schulen soll gezielt
 - a. das Problem der Gewalt gegen Frauen thematisiert werden,
 - b. auf die Gefahr von sexueller Belästigung über das Internet und soziale Medien hingewiesen werden.
7. Die EU soll Firmen finanziell dabei unterstützen, Seminare zur Sensibilisierung ihrer Mitarbeiter zum Thema sexuelle Belästigung zu organisieren.



EUROPEAN **YOUTH** PARLIAMENT
DEUTSCHLAND GERMANY

Notizen



EUROPEAN YOUTH PARLIAMENT
DEUTSCHLAND GERMANY

Diese Veranstaltung wird unterstützt durch:

Schwarzkopf
Stiftung
JUNGES EUROPA

STIFTUNG
MERCATOR



Europäisches Jugendparlament in Deutschland e.V.

Sophienstraße 28-29

10178 Berlin

info@eyp.de

Tel.: +49 (0) 30 2 80 95-155

Fax: +49 (0) 30 2 80 95-150